



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Montag, den 9. Juni 1919.

4 Seiten.—Nr. 75.

## 20. Juni als Tag der Friedensvertrags

Dieser Ansicht sind amerikanische Delegaten; Frankreich und Belgien werden eine bestimmte Entschädigung erhalten

Baldige Aufnahme Deutschlands in Völkerliga

Paris, 9. Juni. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Press.) — Optimistisch gestimmte amerikanische Delegaten sind der Ansicht, daß der Friede am 20. Juni unterzeichnet werden wird. Sachverständige der Alliierten haben sich dahin geeinigt, daß die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Schadenersatzsumme nicht in dem Friedensvertrag enthalten sein soll, jedoch werden Frankreich und Belgien die von ihnen zu erhebenden Geldansprüche festlegen, sodas Deutschland innerhalb zwei bis drei Monaten wissen wird, wie hoch sich die Summe stellt, anstatt daß es zwei Jahre warten muß, wie ursprünglich geplant war.

Die Völkerligakommission hat sich über das Verlangen Deutschlands, sofort in die Liga aufgenommen zu werden, ebenfalls geeinigt. Das Liebereinkommen aber muß von den „Großen Vier“ ratifiziert werden. Denselben gemäß soll Deutschland nach kurzfristiger Kräftigung Mitglied der Liga werden, hat aber in dem Völkerligaausschuß weder Sitz noch Stimme.

Das Territoralkomitee, so heißt es, hat Deutschlands Ansprüche auf die Mandatur gewisser afrikanischer Kolonien abgelehnt. Zu diesem Entschluß kam man trotz des Einwandes der amerikanischen Delegaten, die den Deutschen die Vermarktung über deren frühere Kolonien in Ostafrika überlassen wollten.

Die Völkerligakommission hat sich über das Verlangen Deutschlands, sofort in die Liga aufgenommen zu werden, ebenfalls geeinigt. Das Liebereinkommen aber muß von den „Großen Vier“ ratifiziert werden. Denselben gemäß soll Deutschland nach kurzfristiger Kräftigung Mitglied der Liga werden, hat aber in dem Völkerligaausschuß weder Sitz noch Stimme.

Das Hotel Crillon ist von den Amerikanern bis August gemietet worden; Staatssekretär Lansing, Henry White, General Bliss und eine Anzahl Sachverständige werden bis zu jener Zeit dort Aufenthalt nehmen, um unerledigte Geschäfte der Friedenskonferenz abzuwickeln.

Die amerikanische Kommission hat die Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Großbritannien übernommen, jedoch ist es ihnen bisher nicht gelungen, die Ansichten der britischen und französischen Delegaten miteinander zu vereinigen. Clemenceau ist fest entschlossen, in seinem Punkt nachzugeben, in dessen Umkreis, daß die Abreise des Präsidenten binnen zehn Tagen oder zwei Wochen erfolgen soll, läßt er offen, daß man Aussicht hat, sich auf ein Programm zu einigen. Gestern wurde die deutsch-polnische Grenzfrage besprochen, in dessen nicht ergebnislos erledigt. Heute werden Vertreter der kleinen Nationen mit Anliegen vor den „Großen Vier“ erscheinen. Auch soll die adriatische Frage wieder aufs Tapet kommen. Graf Brodzki-Monau, der sich Freitag nach Deutschland begab, ist gestern wieder hier eingetroffen.

Dortem sucht Schutz bei Alliierten.

Köln, 9. Juni. — Dr. Dörflinger, Präsident der neuen Rheinischen Republik, hat sich telegraphisch an General Robertson, Befehlshaber der britischen Okkupationsstruppen, gewandt, um sie gegen „die nicht ausbleibende Noth des preussischen Militarismus“ zu schützen. Er sagt, die Rheinische Republik ist willens, ihren Teil Kriegsschuldigung zu tragen. Berichten amerikanischer Korrespondenten zufolge soll die neue Republik kaum lebensfähig sein.

Darmstadt, 9. Juni. — Aus vertriebenen von den Franzosen besetzten Teilen der Rheinlande sind zehn Personen eingetroffen, die in den Franzosen in der Kaserne Worms eingesperrt wurden, weil sie weigerten, mit der neuen Republik etwas zu tun zu haben. Bis 11 Stunden blieben sie in den Zellen ohne Nahrung; dort konnten sie nicht einmal niederlegen, oben wurden sie von französischen Soldaten beleidigt und mißhandelt.

Köln, 9. Juni. — Die Rheinische Bewegung hat im amerikanischen Völkerligaausschuß keine Fortschritte gemacht, wie das Hauptquartier des dritten Heeres berichtet. Die amerikanischen Militärbehörden verlangen außerdem eine Politik der Opposition gegen politische Bewegungen jeglicher Art, die im Gegensatz den Bestrebungen des Völkerligaausschusses stehen. Die britischen Offiziere in ihrem Besatzungsgebiet in ähnlichen Standpunkt ein. Französische Offiziere haben in Koblenz berichtet, daß der Gedanke, ein gegenwärtigen Augenblick Republik zu gründen, in Mainz Mißbilligung aufgefunden sei, und die Franzosen die Bewegung mit stigen Augen anschauen. Es heißt heraus, daß Versuche gemacht werden, die amerikanischen Besatzungsstruppen für die Bewegung zu gewinnen. Am 21. Mai kam ein offizieller Bericht nach hier und er die amerikanischen Stabschef morgens um zwei Uhr telegraphisch um eine sofortige Zusammenkunft mit Generalleutnant Diggert, Befehlshaber der dritten Armee. Es sei von äußerster Wichtigkeit, daß General Riggert spreche; General Mangin, der französische Befehlshaber, wünsche die Mitwirkung der Amerikaner. Fünftzig bis sechzig deutsche Abgeordnete seien bereit, nach Koblenz zu kommen und eine Versammlung abzuhalten, vorausgesetzt, daß die Amerikaner die Erlaubnis gewähren. Die Republik sollte am 21. Mai ausgerufen werden. Der französische Oberst erhielt den Befehl, daß das eine rein politische Bewegung sei und die Einhaltung der Versammlung zu gestatten, überbreite die Befugnisse der Heeresleitung. Am 1. Juni wurde dann von Mainz berichtet, daß die Republik in Wiesbaden ausgerufen worden sei. Amerikanische Offiziere in Koblenz haben sich geeinigt, ihnen von den Franzosen überhandene Plakate der Rheinrepublik an den Straßenenden aufhängen zu lassen.

Wiesbaden, 9. Juni. — Die Opposition gegen die Rheinrepublik wächst hier von Tag zu Tag. Die Richter in der Provinz lehnen sich jetzt ebenfalls dagegen auf und verschiedene Präsidenten Worten, dem ehemaligen Staatsanwalt, die Anerkennung. Die Franzosen sollen der neuen Republik feste Versprechungen der Regelung der Wein- und Lebensmittelverträge auf Friedensgrundlage gemacht und auch den Geldwert der Mark auf einen Franc und 23 Centimes angesetzt haben. Hier fand gestern ein Generalkongress zum Protest statt.

Paris, 9. Juni. — Die Regierung von Hessen hat allen Beamten verboten, der Rheinrepublik den Treueid zu leisten.

Antwort läßt auf sich warten.

Paris, 9. Juni. — Die „Großen Vier“ haben bei Besprechung der deutschen Gegenentwürfe seit letzten Samstag geringe Fortschritte gemacht. Die amerikanische Kommission hat die Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Großbritannien übernommen, jedoch ist es ihnen bisher nicht gelungen, die Ansichten der britischen und französischen Delegaten miteinander zu vereinigen. Clemenceau ist fest entschlossen, in seinem Punkt nachzugeben, in dessen Umkreis, daß die Abreise des Präsidenten binnen zehn Tagen oder zwei Wochen erfolgen soll, läßt er offen, daß man Aussicht hat, sich auf ein Programm zu einigen. Gestern wurde die deutsch-polnische Grenzfrage besprochen, in dessen nicht ergebnislos erledigt. Heute werden Vertreter der kleinen Nationen mit Anliegen vor den „Großen Vier“ erscheinen. Auch soll die adriatische Frage wieder aufs Tapet kommen. Graf Brodzki-Monau, der sich Freitag nach Deutschland begab, ist gestern wieder hier eingetroffen.

Leiderlich kann nicht annehmen.

Wien, 9. Juni. — Präsident Seig sagte am Sonntag bei Gelegenheit der Eröffnung der Spezialtagung der Nationalversammlung, daß die Oesterreich aufgelegten Friedensbedingungen unanständig angenommen werden könnten, da sie für die Bevölkerung des Landes den Hungertod bedeuten. Die Gallerien waren mit Zuschauern angefüllt; unter den Delegaten befanden sich zwei Frauen; die Sitzung nahm einen ruhigen Verlauf. Der Vorsitz des Versammlungs, Dr. Bauer, berichtete über seine Konferenzen mit dem Führer der österreichischen Friedensdelegationen Dr. Penner in Feldkirch. Man hörte ihn, trotzdem er sich wegen seiner bolschewistischen Ansichten seiner Beliebtheit in der Runde erfreut, ruhig an, wie er sein sechs Seiten umfassendes Manifest verlas. Nachdem Bauer erklärt hatte, daß die Bedingungen einen Frieden des Hasses bedeuten, ergoß er seinen Zorn über die Taten, von welchen er sagte, daß sie Oesterreich der Zuerückbildung und anderer Industrien beraubt haben. Der Verlust Ostösterreichs, sagte er, bedeute nicht nur die Unterjochung von 3.500.000 Deutschen unter Fremdherrschaft, sondern den

## Halbe Million Angeborene in Deutschland jährlich getötet

Das Bevölkerungsproblem wird eifrig erörtert. — Die Erhaltung von Fingelhäusern nach früherem Muster vorgeschlagen. — Neue Gesellschaft gegründet. — Ungerechtfertigt der Gesellschaft unehelichen Müttern gegenüber.

München, 9. Februar. — Der Krieg hat Deutschland um mehr als anderthalb Millionen seiner Männer im erzeugungsfähigen Alter beraubt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, der auf die Niederlage folgte, beginnt schon jetzt, eine Massenwanderung heranzubekördern, durch die ein großer und gesunder, arbeits- und lebensfähiger Teil der Bevölkerung dem Vaterland wohl für immer verloren geht. Deutschland wird arm an Menschen werden und wenn es nicht ganz der Erziehung und dem nationalen Wiederaufbau verfallen soll, gilt es, die Quellen der Volkskraft zu hegen und zu schützen und die Wiedergeburt der Nation durch die Sorge um die kommenden Geschlechter sicher zu stellen. In der letzten Zeit vor dem Kriege hatte man zwar schon nach Jahrzehnten straflicher Gleichgültigkeit, begonnen, dem Bevölkerungsproblem Aufmerksamkeit zu widmen, die Gefahren malthusianistischer Verödenungen zu bekämpfen und der Kindersterblichkeit durch erhöhte Säuglingsfürsorge entgegenzuwirken. Dennoch konnte zur selben Zeit ein anderer unheimlicher Feind der Volkskraft fort ungehört im sich fürchterlichen Wesen treiben. Auf etwa eine halbe Million schätzt die Wissenschaft die Zahl der Kinder, die alljährlich in Deutschland, ehe sie das Licht der Welt erblickten, willkürlich dem Tod überliefert wurden. Nicht 500.000 Angeborene, denen das ärztliche Gewissen aus Rücksicht höherer Art den Eintritt ins Dasein verweigert, nein, solche, denen der Egoismus der Eltern oder die Vergeßlichkeit der Mütter das Leben verweigert. Und wie groß ist obendrein die Zahl der Kinder, die nach der Geburt von der Mutter getötet werden, die der Engelshandlung zum Opfer fallen, im Kinderhandel verschwinden oder auf Kostplätzen durch verbrecherische Hegeleuten langsam an Leib und Seele zu Grunde gehen.

### Vorkämpfer der Fingelhäuser.

Auf den Ruf des Münchener Arztes und Schriftstellers Dr. Max Raffauer, hatte sich letzten Samstagabend eine Schar von Männern und Frauen, Juristen, Ärzten und Geistlichen zusammengefunden, um die Vorbereitungen zur Gründung einer Organisation zu treffen, die an allen größeren Orten Ortsgruppen bilden und die Schaffung von Fingelhäusern in die Wege leiten soll. Dr. Raffauer entwarf ein düsteres Bild von dem Treiben zahlloser Verbrecherischer Existenzen, die in den dunklen Winkeln der Großstädte, unterstützt durch den Interatenteil der Zeitungen und geradezu unter den Augen der Polizei den Kindesmord gemerksam betreiben. Es gilt, diesen Elementen das Handwerk zu legen und die unglücklichen Opfer aus dem Sumpfe zu retten, in den sie durch die Härte gesellschaftlicher Vorurteile gestochen werden. Der Staat soll helfen. Er vermag es durch Begünstigung der Frühhege, durch Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern und vor allem durch die Fingelhäuser.

### Eine Drehscheibe.

Dann entwickelte als Referent des Abends Freiherr von Grauer-Klett seine in ärztlicher Eignung wühlenden Anschauungen und Vorschläge, wie er sie schon früher wiederholt in der bayerischen Kammer der Reichsräte vertreten hatte. Die Ungerechtfertigt der Gesellschaft gegenüber der unehelichen Mutter entspringt nicht der Moral, sondern dem Hochmut und der Freude am Unglück des Nächsten. Es handelt sich nicht nur darum, daß die Kinder, sondern auch wie sie dem Leben erhalten werden. Für das neue Fingelhäuser sollten drei Arten der Aufnahme gelten. Entweder überläßt die Mutter das Kind, das sie nicht behalten und anziehen kann, der Anstalt unter voller Angabe des Namens, vielleicht auch gegen teilweise Bezahlung der Unterhaltungskosten, oder sie gibt es mit einem Stemmloch ab, unter dem sie es später wiederfinden kann; oder aber, sie vertraut das kleine Wesen heimlich der alten Drehscheibe an, die sich vorwiegend und ohne nach der Herkunft des namenlosen Gutes zu fragen, wieder nur einige Monate bleibt das Kind in Fingelhäuser, dann kommt es hinaus in ein Heim auf dem Lande, wo es, gemeinsam mit immer nur einer kleinen Zahl von Schicksalsgenossen, zu körperlicher und sittlicher Reife erzogen wird. In der Erörterung, die sich an den Vortrag anschloß, teilte der Arzt Erfahrungen aus dem Wiener Fingelhäuser mit. Er hat die Lebenswege einzelner Kinder verfolgen können und wußte Gutes von ihnen zu berichten. Der Sohn einer Gouvernante ist heute einer der angesehensten Universitätsprofessoren. Aus der Tochter einer Erzherzogin ist eine berühmte Künstlerin geworden.

### Neue Gesellschaft.

Man sieht, in allen Schichten des Volkes treibt Verwerfung der Mütter zu dem schwereren Entschluß, sich von den Neugeborenen zu trennen. Um die Mütter vor schmerzlicher, unheimlicher Schuld, die Kinder vor dem Untergang und die Nation vor unerreichlichem Verlust von Menschen gut zu bewahren, wendet sich der Vorort München der neugegründeten „Deutschen Gesellschaft für Fingelhäuser“ mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Zugleich erscheint, als Organ der Gesellschaft, herausgegeben von Dr. M. Raffauer und J. Mayer-Kon, eine Monatschrift zum Schutze des ungeborenen und unterforschten Kindes“ das den Titel „Die Drehscheibe“ trägt. Möge der edle Jwed dieser Beitreibungen die Unterstüzung vieler Menschensfreunde finden!

### Zur Bombenverhinderung.

Washington, 9. Juni. — Im Justiz-Departement laufen täglich Schreie, ein, worin mochnächst Personen wissens sind, Beschreibungen zu liefern von Personen, die durch Bomben das Leben von Beamten zu vernichten suchten. Die Schreie werden nicht vollständig unberücksichtigt gelassen, denn das Departement sagt, daß die Mörder im Kollathal Fall auf diese Weise ermittelt wurden.

## Ungar. Bolschewisten richten Blutbad an

Erorden in der Umgegend von Ledenburg, im westlichen Ungarn, über 3000 Personen.

Wien, 9. Juni. — Vier eingetroffenen, verlässlichen Nachrichten zufolge wurden bei einem kirchlichen Aufstand gegen die ungarische Sozialregierung im westlichen Ungarn, besonders in der Umgegend der Stadt Ledenburg, von den bolschewistischen Streitkräften über 3000 Personen, einschließlich Frauen und Kinder, erschossen oder aufgehängt. Der Massenmord erfolgte, nachdem sich die Einwohner von 32 Dörfern weigerten, sich den Bolschewisten anzuschließen. Bela Kun, der kommunistische Führer und der Minister für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen „roten“ Regierung, Joseph Bogdan, inspizierten hierauf die Dörfer und beauftragten den durch seinen Blutdurst berückeligen Kommunisten Semels, Ordnung in diesem Landesteil zu schaffen. Etliche tausend Bauern, die sich mit alten Jagdflinten, Senen, Krüppeln und ähnlichen Waffen versehen hatten, wurden der roten Division, welche gegen sie ausgesandt wurde, vergeblich Widerstand zu leisten. Die Bauern wurden vollständig umzingelt; wer zu entfliehen versuchte, wurde niedergeschossen, die anderen mußten sich schließlic ergeben und wurden ausnahmslos aufgehängt. Die Dörfer Kolosch, in dessen Nähe sich das Blutbad ereignete, wurde von den Kommunisten vollständig zerstört.

## Tschechen von Ungarn geschlagen

Deutsche Offiziere mit der russischen Sowjet-Armee im Kampfe gegen Rumänien.

Wien, 9. Juni. — Vier eingetroffene Nachrichten melden von schweren Zusammenstößen zwischen der tschecho-slowakischen Armee und den Streitkräften der ungarischen Sowjet-Regierung, wobei die ersteren schwer geschlagen wurden. Die Ungarn haben jetzt die Neutza übertrikt und bedrohen Preßburg, die Hauptstadt des slowakischen Reiches. Den ungarischen „Rosen“ ist es auch gelungen, Jivietrak zwischen den Tscheden und Slowaken zu säen, wodurch der Stand der ersteren schwer bedroht wird. Die Ungarn werfen den Tscheden vor, daß sie den Slowaken die verprochene Unabhängigkeit vorenthalten und sie absolut nicht als Brüder behandeln. Die Slowaken und Ungarn haben seit etwa 1000 Jahren zusammengehört und dies sollte auch fernherin der Fall sein.

## Wegen politische Parteien

Die Handelsmarine sollte unter Regierungskontrolle stehen und die Seeleute sollten dieselben Rechte haben, wie andere Arbeiter.

## Wasserwege und Wasserkraft

Ein nationaler Streik von Telegraphisten und Telefonisten hat gerade noch abgebl. Dem Wideraufleben des Geschäftsinhalt zu tun!

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Unbestimmtes Wetter mit möglichen Schauern heute abend und Dienstag. Für Nebraska — Unbestimmtes Wetter heute abend und Dienstag. Wahrscheinlich Schauer. Etwas kühler im äußersten östlichen Teile heute abend. Für Iowa — Unbestimmtes Wetter heute abend und Dienstag. Wahrscheinlich Schauer. Etwas kühler im westlichen Teile heute abend und im östlichen Teile am Dienstag.

## Jahresversammlung der Federation of L.

Es ist wohl die wichtigste, die jemals in den Vereinigten Staaten abgehalten wurde; Empfehlungen des Exekutivsausschusses

Der Föderation gehören 3,260,069 Mitglieder an

Atlantic City, N. J., 9. Juni. — Heute wurde hier die Jahresversammlung der American Federation of Labor eröffnet. Zu dem Bericht des Exekutivsausschusses heißt es: „Die Bestimmungen von neun speziell auf die Arbeiterschaft Bezug habenden Klauseln in dem Friedensvertrag belegen, daß die physische und moralische Wohlfahrt der industriellen Lohnarbeiter von höchster nationaler Wichtigkeit ist. Wie zuvor ist etwas derartiges in einem Friedensvertrag zu vergleichen; und daß dieses jetzt der Fall ist, ist wohl der amerikanischen Arbeiterschaft zugute.“ In dem Bericht werden die Arbeiten der 11-amerikanischen Arbeiterkonferenz zu Toledo, Texas, im November letzten Jahres, beleuchtet. In diesem Bericht werden nachstehende Empfehlungen gemacht:

den Fremdgeborene, die noch nicht Bürger sind, müssen sich sofort naturalisieren lassen. Besterung — Besterung in Heberproften, Einkommen, Erbschaften und Großgrundbesitz wird empfohlen. Interieur — Entwicklung von Schulen und Staats-Lehranstalten; Lehrern soll das Recht gegeben werden, sich zu organisieren, auch sollen „Kritik“ der Arbeiter Mitglieder des Schulrats sein. Arbeitsnachweises-Agenturen — Bundes-, Staats- und Stadt-Arbeitsnachweises-Bureaus sollen die privaten Agenturen ersetzen. Wohnungen — Einführung des Regierungs-Kreditstems, um Arbeitern Gelegenheit zu geben, eigene Heime zu erlangen. Militarismus — Es wird darauf bestanden, das Staatsmilitär auf demokratischen Prinzipien gebildet werden sollen und zu keinem anderen Zweck verwendet werden sollen, wie dem wahren Zweck entspringt. Matrosen und Soldaten. — Die Lösung der entlassenen Soldaten und Matrosen so fortgesetzt werden, bis diese Arbeit erhalten haben; entlassene Soldaten und Matrosen sollen Ländereien zur Verarbeitung erhalten. Aus dem Bericht ergibt sich, daß die Föderation 3,260,069 gutstehende Mitglieder zählt.

## Demokratie in der Industrie

Es ist wesentlich, daß alle Arbeiter darauf bestehen sollen, Verbände zu bilden. Es sollten Gesetze angenommen werden, wonach es für Arbeitgeber ein Kriminalverbrechen sein soll, dieses zu verhindern.

## Arbeitslosigkeit

Die Arbeitszeit soll auf acht Stunden per Tag festgesetzt werden; nur in Notfällen ist Überzeit gestattet.

## Frauen in der Industrie

Frauen sollen denselben Lohn wie Männer erhalten, vorausgesetzt, sie verrichten die gleiche Arbeit wie diese; es darf von ihnen nicht verlangt werden, daß sie Arbeit verrichten, die über deren Kräfte geht.

## Minderarbeit

Ausbeutung von Kindern für persönlichen Gewinn ist nicht gestattet; es werden Gesetze verlangt, in welchen die Kinder beschützt werden.

## Öffentliche Angestellte

Öffentliche Angestellte müssen das Bürgerrecht haben.

## Co-Operation

Fragen der Produktion, Transportation und Verteilung sollen durch Co-operation gelöst werden; auf diese Weise kann der „Mittelmann“ abgeschafft werden.

## Wegen politische Parteien

Wir opponieren der Bildung einer „politischen Partei“, da bessere Resultate erzielt werden können, indem man Kandidaten unterstützt, von welchen man weiß, daß sie arbeitserfreundlich sind.

## Arbeitsstunden

Die Arbeitszeit soll auf acht Stunden per Tag festgesetzt werden; nur in Notfällen ist Überzeit gestattet.

## Frauen in der Industrie

Frauen sollen denselben Lohn wie Männer erhalten, vorausgesetzt, sie verrichten die gleiche Arbeit wie diese; es darf von ihnen nicht verlangt werden, daß sie Arbeit verrichten, die über deren Kräfte geht.

## Minderarbeit

Ausbeutung von Kindern für persönlichen Gewinn ist nicht gestattet; es werden Gesetze verlangt, in welchen die Kinder beschützt werden.

## Öffentliche Angestellte

Öffentliche Angestellte müssen das Bürgerrecht haben.

## Co-Operation

Fragen der Produktion, Transportation und Verteilung sollen durch Co-operation gelöst werden; auf diese Weise kann der „Mittelmann“ abgeschafft werden.

## Wegen politische Parteien

Wir opponieren der Bildung einer „politischen Partei“, da bessere Resultate erzielt werden können, indem man Kandidaten unterstützt, von welchen man weiß, daß sie arbeitserfreundlich sind.

## Wasserwege und Wasserkraft

Ein nationaler Streik von Telegraphisten und Telefonisten hat gerade noch abgebl. Dem Wideraufleben des Geschäftsinhalt zu tun!